



Die Vorsitzende des
Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung,
Digitalisierung und Gesundheit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-Mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Morbe

Wiesbaden, 30.01.2025

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung des Ausschusses
für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit
am Dienstag, 4. Februar 2025, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.12.2024
2. Aktueller Sachstand zu offenen Beschlüssen
- 2.1 23-F-05-0001

ANLAGE

Ein Lilienpfad für Wiesbaden - Eine Tour de force für Touristen in Wiesbaden

- Antrag der FDP-Fraktion vom 25.01.2023 -
- Beschluss Nr. 6 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 31.01.2023 -

2.2 23-F-63-0102

ANLAGE

Vorhandene Strom- und Glasfaser-Infrastruktur an Videoüberwachungsanlagen für den WLAN-Ausbau nutzen

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die LINKE und Volt vom 11.10.2023 -
- Beschluss Nr. 154 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 17.10.2023 -

2.3 23-F-63-0156

ANLAGE

Green IT

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die LINKE. und Volt vom 6.12.2023 -
- Beschluss Nr. 61 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 02.07.2024 -

2.4 24-F-63-0018

ANLAGE

Künstliche Intelligenz in der Stadtverwaltung: Pilotprojekte, rechtssichere Nutzung und Synergieeffekte mit KI-Investitionen

- Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 05.03.2024 -
- Beschluss Nr. 55 der Stadtverordnetenversammlung vom 21.03.2024 -

2.5 24-F-63-0024

ANLAGE

Identifikation per Video ID stadtweit einsetzen

- Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE und Volt vom 12.03.2024 -
- Beschluss Nr. 83 der Stadtverordnetenversammlung vom 21.03.2024 -

Bereich Digitalisierung

3. 22-A-83-0003

Aktuelles aus dem Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung

4. 25-F-63-0009

Open Desk Pilot für Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 29.01.2025 -

Es hat sich mittlerweile einiges im Sektor der Verwaltungsdigitalisierung für die Mitarbeitenden in der LHW getan. Um modernes Arbeiten möglich zu machen, braucht es Desksharing, New Work, Open Space, Co-Working Spaces nicht mehr nur als Vision, sondern als Basis. In dieser Hinsicht kann die Stadt schon einiges anbieten

Zu einem guten Arbeitsumfeld gehören aber auch gute „Arbeitswerkzeuge“ beginnend mit Rechnern, die für mobile Anwendungen ausgelegt sind, bis hin zur Software, mit der gearbeitet wird. Mit dem Beschluss Nr. 0060 vom 17.05.2022 haben wir deshalb bewusst darum gebeten, immer auch Open Source Lösungen mit in Betracht zu ziehen und zu prüfen, da sie oftmals nicht nur kostengünstiger, sondern auch unabhängiger und vor allem sichere Lösungen bieten.

Seit Herbst 2024 gibt es nun das „openDesk“ Projekt was in Zusammenarbeit mit dem BMI und weiteren Partner*innen wie Nextcloud entstanden ist. Das Besondere an diesem „openDesk“ Projekt ist die Spezialisierung auf öffentliche Verwaltungen mit dem Ziel einen digitalen souveränen Arbeitsplatz zu ermöglichen. Dabei sollen Open Source Anwendungen für die digitale Zusammenarbeit unter einer einheitlichen Oberfläche bereitgestellt werden. Text und Tabellenarbeit, Chat-Tool, Videokonferenzsystem, Cloud Speicher, Projektmanagementmodul, Email-, Kontakt- und Kalender- Funktionen alles unter einem Dach. Damit bietet „openDesk“ eine realistische Alternative zu Microsoft.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- 1) Inwieweit „openDesk“ oder alternative Open Source Lösungen für Wiesbaden in Frage kommen?
- 2) Welche Möglichkeiten es gibt, einen Piloten für Wiesbaden zu initiieren und mit welcher Realisierungsdauer dabei zu rechnen ist?
- 3) Welche Vor- bzw. Nachteile diese Open Source Anwendungen im Vergleich zur jetzigen Standard-Software bringen?

5. 25-F-63-0008

Zukunftswerk: Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Stadtgesellschaft gestalten gemeinsam die smarte Stadt

- Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 29.01.2025 -

Mit der Eröffnung des Zukunftswerks am 20. Januar 2025 setzt Wiesbaden einen wichtigen Meilenstein in der Entwicklung hin zu einer smarten und bürgerzentrierten Stadt. Das Zukunftswerk soll einen innovativen Raum für Austausch, kreative Ideen und nachhaltige Projekte bieten, die von Verwaltung, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft gemeinsam entwickelt werden.

Das Projekt wird durch umfassende Kooperationen, unter anderem mit der Hochschule Fresenius und der PD - Berater der öffentlichen Hand, unterstützt. Ziel ist es, eine Plattform für smarte Lösungen zu schaffen, die direkt auf die Bedürfnisse der Wiesbadener Bürger*innen zugeschnitten sind. Zudem wird das Projekt in Kooperation mit dem Citymanagement der Landeshauptstadt umgesetzt, dass bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten unterstützt und die Finanzierung des Zukunftswerks aus dem Bundesförderprogramm "Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren" sicherstellt.

Um die Bedeutung und die Potenziale des Zukunftswerks einer breiteren Öffentlichkeit sowie den Mitgliedern des Ausschusses vorzustellen, ist eine Präsentation des Konzeptes sowie der Angebote im Ausschuss notwendig.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) das Zukunftswerk in der Sitzung des Ausschusses am 4. Februar 2025 vorzustellen.
- 2) im Rahmen der Präsentation die geplanten Projekte, Formate und die angestrebten Kooperationen darzustellen, und hierbei insbesondere den Nutzen für und die Einbindung der Bürger*innen vorzustellen,
- 3) darzulegen, wie das Zukunftswerk als Vorbild für weitere Smart-City-Initiativen in Wiesbaden und darüber hinaus dienen kann.
- 4) die mittel- und langfristigen Perspektiven des Zukunftswerks darzulegen.

6. 25-F-63-0010

Zukunft der Meine LHW App

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 29.01.2025 -

Die Idee einer App, die auf der einen Seite Informationen für die Mitarbeiter*innen in einem geschützten Bereich bereithält und in einem öffentlichen Bereich für die Bürger*innen der Stadt Wiesbaden auf kurzem Weg nützliche Informationen liefert, war seinerzeit sinnvoll. Mittlerweile schreitet die digitale Transformation weiter voran. Die Überarbeitung der Homepage der Stadt befindet sich kurz vor dem Abschluss und soll bereits Ende des ersten Quartals 2025 online gehen.

„Wintra“, das Intranet der Stadt, ist mittlerweile seit einiger Zeit am Start und wird sukzessive erweitert. Es bietet den Mitarbeiter*innen der LHW immer mehr Dienstleistungen, Services und zahlreiche Informationen zu Neuerungen wie z.B. die Möglichkeiten für modernes Arbeiten, Personalangelegenheiten und weiteren städtischen Angeboten an. In diese neue digitale Arbeitswelt sollten auch die App-Angebote der Stadt Wiesbaden passen.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Gesundheit und Digitalisierung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

- 1) zu berichten, was in der Zukunft mit der Meine LHW App geplant ist.
- 2) zu prüfen, welcher alternative Distributionsweg möglich ist, um die App nicht mehr im App Store bzw. Playstore zur Verfügung stellen zu müssen.

Bereich Wirtschaft/Beschäftigung

7. 25-F-22-0016

Erhalt und Zukunft des Frühlingsfestes

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 28.01.2025 -

Das Wiesbadener Frühlingsfest ist seit über 60 Jahren ein fester Bestandteil des kulturellen Lebens und ein Identifikationsmerkmal für die Stadtgesellschaft. Es bietet generationsübergreifende Unterhaltung, stärkt die lokale Gemeinschaft und ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für Schaustellerbetriebe sowie regionale Anbieter.

Seit zwei Jahren ist klar, dass das Frühlingsfest durch Umbaumaßnahmen nicht mehr auf dem Elsässer Platz stattfinden kann. Bereits im Mai 2023 (23-F-69-0033) haben wir uns für eine Standortalternative eingesetzt und an den Magistrat appelliert. Um das Frühlingsfest 2025 und darüber hinaus zu sichern, ist es unerlässlich, kurzfristig eine Alternative zu finden - auch wenn dies vorübergehend mit höheren Kosten verbunden ist. Langfristig bedarf es dringend einer dauerhaften Lösung für das Frühlingsfest auf einem zentrumsnahen Standort, der den Anforderungen eines Volksfestes gerecht wird und leichte Erreichbarkeit ermöglicht.

Die Versäumnisse der letzten zwei Jahre, rechtzeitig Ersatzflächen zu prüfen, dürfen sich nicht wiederholen.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. das Frühlingsfest kurzfristig 2025 auf dem ehemaligen „Real“- Gelände in der Mainzer Straße stattfinden zu lassen. Welche Kosten entstehen für die kurzfristige Umsetzung auf dem „Real“- Gelände in der Mainzer Straße?
2. umgehend weitere Standorte in zentrumsnaher Lage als langfristiges Ersatzgelände für das Frühlingsfest zu prüfen und die Ergebnisse zeitnah dem Ausschuss zu präsentieren.

7.1 24-F-63-0003

ANLAGE

Alternativstandort für das Frühlingsfest

- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE. und Volt vom 24.01.2024 -
- Beschluss Nr. 7 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 30.01.2024 -

8. 25-F-22-0017

Feuerwerk-Alternative: Lichtershow

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 28.01.2025 -

Zum Jahreswechsel hat das Kurhaus erstmals auf das Feuerwerk verzichtet und stattdessen auf eine Lichtershow, unterlegt mit Musik, gesetzt. Die Lichtershow startete um 00:15 Uhr, nachdem die privaten Feuerwerke abgeebbt sind. Bei vielen Besucherinnen und Besuchern war die Enttäuschung groß, sodass sie bereits vor Ende der Show das Gelände verlassen haben. Die Resonanz in den sozialen Medien ist verhalten bis niederschmetternd. Der Versuch, die Lichtershow als einen vergleichbaren Ersatz für das Feuerwerk zu präsentieren, ist für die Mehrheit gescheitert. Es ist fraglich, ob eine solche Darbietung tatsächlich dazu beiträgt, das Ziel, Menschen vom privaten Feuerwerk/Böllern abzuhalten, zukünftig erreicht wird.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie der Auswahlprozess der beauftragten Firma abgelaufen ist.
2. wer seitens der Stadt an diesem Prozess beteiligt war.
3. welche Kosten insgesamt entstanden sind.
4. wer für die Auswahl des Programmes zuständig war.
5. wie auf die überwiegend negative Resonanz zur Lichtershow reagiert wird.
6. welche Konsequenzen aus den kritischen Rückmeldungen gezogen wurden.
7. wieso das Programm nicht um 00:00 Uhr startete.
8. ab wann die Rue gesperrt wurde und welche Auswirkungen die Sperrung auf den fließenden Verkehr hatte.

Bereich Allgemeines:

9. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 23-F-63-0126

Umstellung von regulärer Festnetztelefonie auf Internet-Telefonie-Software

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 09.11.2023 -
- Bericht des Dezernates II vom 29.11.2024 -

- Der Bericht steht im PiWi zur Verfügung -

2. 24-F-15-0009

AZUBI-Wohnheime vorantreiben

- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 28.02.2024 -
- Bericht des Dezernates VI vom 03.12.2024 -

- Der Bericht steht im PiWi zur Verfügung -

3. 24-F-22-0035

Mögliche Konsequenzen des BSG-Urteils für die Landeshauptstadt Wiesbaden sichtbar machen

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 25.06.2024 -
- Bericht des Dezernates III vom 22.11.2024 -

- Der Bericht steht im PiWi zur Verfügung -

4. 24-F-63-0041

Umsetzung gesetzlicher Vorgaben im Bereich Digitalisierung in der Wiesbadener Stadtverwaltung

- Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 15.05.2024 -
- Bericht des Dezernates II vom 29.11.2024 -

- Der Bericht steht im PiWi zur Verfügung -

5. 24-F-63-0045

DL 01/25-1

Digitaler Zwilling für Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/ Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 21.05.2024 -
- Bericht des Dezernates VII vom 28.11.2024 -

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Susanne Hoffmann-Fessner
Vorsitzende